

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis.....	XXV
Abkürzungsverzeichnis.....	XXIX
Erster Teil: Einleitung	1
§ 1: Problemstellung.....	1
§ 2: Ziel der Arbeit	4
§ 3: Gang der Untersuchung	4
Zweiter Teil: Hauptteil	9
§ 1: Defizite der schlussrechnungsbasierten Kontrolle	9
A. Begriffliche und thematische Abgrenzung.....	9
I. Begriffliche Orientierung zur „Schlussrechnung“	9
II. Abgrenzung zur externen Schlussrechnung	11
III. Funktion der Schlussrechnung	13
IV. Dogmatische Herleitung.....	15
V. Adressaten der internen Schlussrechnung	16
VI. Zwischenfazit	19
B. Empirische Beobachtungen zur Schlussrechnung.....	19
I. Rheinland-Pfälzisches Zentrum für Insolvenzrecht und Sanierungspraxis e.V.....	20
II. Dr. Eisner Insolvenz- und Wirtschaftsbegutachtungen AG.....	21
III. Mängel in der Schlussrechnungslegung	22
IV. Zwischenergebnis zu den empirischen Beobachtungen	23
C. Schlussrechnung im rechtspolitischen Diskurs	24
D. Ergebnis zu Defiziten der schlussrechnungsbasierten Kontrolle	27
§ 2: Principal-Agent-Theorie als Instrument zur Analyse von Kontrolleffektivität	29
A. Principal-Agent-Theorie als Ansatz der Neuen Institutionenökonomik	30
B. Ökonomischer Anreiz und Aufwand als Wesensmerkmale von Rechtspositionen	32
C. Die Principal-Agent-Theorie im Insolvenzverfahren	34

IX

I.	Principal-Agent-Theorie.....	36
1.	Auftragsverhältnis zwischen Principal und Agent.....	36
2.	Vorteile durch Spezialisierung und vereinfachte Koordination.....	37
3.	Risiken und Auswirkungen bei den Auftraggebern.....	37
4.	Prämisse vom Eigeninteresse des Auftragnehmers.....	38
5.	Informationsvorsprung des Auftragnehmers.....	39
6.	Agenturkosten für Bindung des Auftragnehmers.....	40
	a) Auswahl des Auftragnehmers.....	41
	b) Überwachung des Auftragnehmers.....	41
	c) Selbstbindung des Auftragnehmers.....	42
7.	Zwischenergebnis zur Principal-Agent-Problematik.....	42
II.	Anwendbarkeit der Principal-Agent-Theorie auf die	
	Insolvenzverwaltung.....	43
1.	Gläubiger-Verwalter-Beziehung als Principal-Agent-Beziehung.....	43
2.	Effekte der treuhänderischen Verwaltung.....	45
	a) Einfache Insolvenzgläubiger.....	45
	b) Massegläubiger.....	46
	c) Absonderungsberechtigte Gläubiger.....	46
	d) Zwischenergebnis zu den Effekten einer suboptimalen	
	Verwaltung.....	47
3.	Informationsasymmetrie im Insolvenzverfahren.....	48
	a) Eigenschaften und Ziele.....	48
	(1) Verwalterauswahl nach § 56 InsO.....	49
	(2) Verwalterauswahl mit Gläubigerbeteiligung nach	
	§ 56a InsO.....	49
	(3) Zwischenfazit zu Eigenschaften und Zielen.....	51
	b) Anstrengungen und Tätigkeiten.....	51
	(1) Zeitliche Gestaltung.....	51
	(2) Persönlicher Einsatz.....	52
	(3) Ermittlung von Vermögenspositionen.....	52
	(4) Ermittlung von Anfechtungssachverhalten.....	53
	(5) Zwischenfazit zu Handlungsspielräumen.....	54
	c) Bewertung der Tätigkeiten.....	54
	(1) Insolvenzspezifische Dienstleister.....	55
	(2) Bewertung von Forderungen.....	56
	(3) Zwischenfazit zur Bewertung von Tätigkeiten.....	56
	d) Zwischenergebnis zur Informationsasymmetrie.....	56
4.	Zwischenergebnis zur Anwendbarkeit der Principal-Agent-	
	Theorie.....	56
5.	Insolvenzgericht-Verwalter-Beziehung als Principal-Agent-	
	Beziehung.....	57

a)	Historische Entwicklung der Insolvenzgericht-Verwalter- Beziehung.....	58
b)	Insolvenzgericht-Verwalter-Beziehung nach Maßgabe der InsO.....	60
(1)	Auftragsverhältnis	60
(2)	Effekte der Insolvenzverwaltung.....	62
(3)	Informationsasymmetrie.....	62
c)	Ergebnis zur Insolvenzgericht-Verwalter-Beziehung	63
III.	Schlussrechnung als Informationsinstrument.....	64
D.	Ergebnis zur Anwendbarkeit der Principal-Agent-Theorie.....	64
§ 3:	Potentielle Zieldivergenzen	66
A.	Delegation von Tätigkeiten auf Dienstleister	67
I.	Vorteile der Delegation von Tätigkeiten	68
1.	Zeitvorteil	68
2.	Spezialisierungsvorteil.....	69
3.	Unabhängigkeit der Preisfindung	71
II.	Kritische Aspekte bei der Delegation von Tätigkeiten.....	72
1.	Kosten des externen Dienstleisters	72
2.	Delegation als Umsatz für verbundene Dienstleister	74
III.	Zwischenergebnis zur Delegation von Tätigkeiten	75
B.	Einsatz besonderer Sachkunde	76
I.	Delegation von Tätigkeiten an Externe mit besonderer Sachkunde	77
II.	Leichtfertige Annahme der Angemessenheit der Übertragung	78
1.	Unterschiedliche Risiken für Insolvenzmasse und Insolvenzverwalter.....	79
2.	Umsatzchancen als Anreiz für den Einsatz besonderer Sachkunde.....	80
3.	Praktische Schwierigkeiten bei der Bewertung von Sachverhalten.....	81
III.	Zwischenergebnis zum Einsatz besonderer Sachkunde	83
C.	Zurückhaltung bei Anfechtungen.....	83
I.	Vorschlagspraxis als Instrument der Einflussnahme	84
II.	Einfluss einzelner Gläubigergruppen	84
III.	Pflicht zur Geltendmachung von Anfechtungsansprüchen.....	85
IV.	Zwischenergebnis zur Zurückhaltung bei Anfechtungsansprüchen	87
D.	Wirkungen des ESUG auf die Unabhängigkeit des Insolvenzverwalters	88
E.	Poolverwalter als Insolvenzverwalter	90
I.	Idee der Poolverwaltung.....	90

II.	Unabhängigkeit des Insolvenzverwalters gegenüber Poolverwaltern	91
F.	Fehlerhafte Berechnungsgrundlage für Vergütung	92
I.	Fehlerhafter Abzug von Masseverbindlichkeiten aus Einzelermächtigung	93
II.	Durchlaufende Posten	93
III.	Doppelberücksichtigung von halbfertigen Erzeugnissen und Anzahlungen	93
IV.	Berücksichtigung bereits entnommener Beträge	94
V.	Unsichere Massezuflüsse	94
VI.	Zwischenergebnis zu fehlerhaften Berechnungsgrundlagen	94
G.	Befriedigung von Insolvenzforderungen	95
H.	Vorzeitige Beendigung des Verfahrens	95
I.	Insolvenzgeld	97
J.	Ergebnis zu potentiellen Zieldivergenzen	98
	§ 4: Aufwand bei der Geltendmachung von Kontrollrechten	100
A.	Aufwand der Gläubiger bei der Geltendmachung von Kontrollrechten	100
I.	Kenntnis von der Existenz der Schlussrechnung	100
1.	Zeitfenster für Einsicht in die Schlussrechnung	101
2.	Ort der Auslegung der Schlussrechnung	103
II.	Nachvollzug und Bewertung der Schlussrechnung	104
1.	Zuordnung der Buchungspositionen	104
2.	Bewertung des Zahlenwerks	105
III.	Einwendungen und Beanstandungen im Schlusstermin	107
1.	Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis	107
2.	Beanstandungen an der Schlussrechnung	107
IV.	Zwischenergebnis zum Aufwand der Geltendmachung von Kontrolle	109
B.	Kosten-Nutzen-Verhältnis	110
I.	Insolvenzgläubiger	110
II.	Massegläubiger	112
III.	Aussonderungsberechtigte	112
IV.	Absonderungsberechtigte	113
V.	Zwischenergebnis zum potentiellen Nutzen einer Kontrolle	114
C.	Gesetzliche Mechanismen zur Reduktion des Kollektivhandlungsproblems	115
I.	Prüfung durch das Insolvenzgericht	116
1.	Durchsetzung der Pflicht zur Schlussrechnung	116

a)	Fristsetzung	117
b)	Eidesstattliche Versicherung.....	118
c)	Zwangsgeld	118
d)	Entlassung	119
e)	Vergütung.....	120
f)	Delisting	120
g)	Zwischenfazit	121
2.	Prüfungsvermerk des Insolvenzgerichts	121
a)	Beanstandungen im Prüfbericht.....	121
b)	Prüfungsvermerk vs. Bestätigungsvermerk.....	123
c)	Zeithorizont für Prüfungsvermerk	123
d)	Anknüpfungspunkt für Gesamt- oder Einzelschäden	123
3.	Zwischenergebnis zur Prüfung durch das Insolvenzgericht.....	125
II.	Prüfung durch den Gläubigerausschuss.....	126
1.	Kontrollinteresse der Mitglieder des Gläubigerausschusses	126
a)	Eigeninteresse.....	126
b)	Gesetzliche Pflicht zur Überwachung	127
c)	Durchsetzung der gesetzlichen Pflicht.....	128
d)	Haftung bei Pflichtverletzung	128
e)	Zwischenergebnis zum Kontrollanreiz der Mitglieder des Gläubigerausschusses.....	129
2.	Rahmenbedingungen der Prüfung	129
a)	Kenntnis von Schlussrechnung	130
b)	Auskunftsanspruch gegen Insolvenzverwalter und Schuldner ...	130
c)	Unterschiedliche Prüfungsfähigkeiten der Ausschussmitglieder	131
d)	Erhöhter Prüfungsaufwand aufgrund erhöhten Prüfungsmaßstabs	132
e)	Zwischenergebnis zu den Rahmenbedingungen der Prüfung...	133
3.	Prüfungsbemerkungen des Gläubigerausschusses	133
4.	Zeitliche Abfolge der Ausschussprüfung und der gerichtlichen Prüfung	134
5.	Zwischenergebnis zur Prüfung durch den Gläubigerausschuss ...	136
III.	Sonderinsolvenzverwalter	137
1.	Bestellung des Sonderinsolvenzverwalters	138
2.	Zuschnitt der Aufgabe des Sonderinsolvenzverwalters	138
3.	Schwächen des Sonderinsolvenzverwalters	139
4.	Zwischenergebnis zum Mehrwert des Sonderinsolvenzverwalters	139
IV.	Auskunft und Berichte gegenüber der Gläubigerversammlung	140
1.	Einzelaskünfte.....	140
2.	Periodische Askünfte	141

3.	Delegationsbefugnis bei ausbleibendem Gläubigerausschuss	141
4.	Verstärkte Kontrolle durch hybride Gläubigerversammlung?	141
5.	Zwischenergebnis zum Mehrwert der Gläubigerversammlung	142
V.	Zwischenergebnis zur Reduktion des Kollektivhandlungsproblems ...	142
D.	Ergebnis zum Aufwand bei der Geltendmachung von Kontrollrechten.....	145
§ 5: Inhaltliche Anforderungen an die Schlussrechnung		146
A.	Rechtshistorischer Ansatz zur Konkretisierung der Schlussrechnung	146
I.	Preußische Konkursordnung und Konkursordnung des Deutschen Reichs	147
1.	Enge Vorgaben der Preußischen Konkursordnung zur internen Rechnungslegung.....	147
2.	Einfluss der Preußischen Konkursordnung auf die Konkursordnung des Deutschen Reichs	148
3.	Allgemeingültigkeit, Konzentrationsfunktion und Langlebigkeit der Schlussrechnungsnorm	150
II.	Der Gesetzgebungsprozess zu § 66 InsO	151
1.	Zweiter Bericht der Kommission für Insolvenzrecht.....	152
2.	Vom Diskussionsentwurf bis zur InsO	153
a)	Erleichterung der Kontrolle	154
b)	Praxisorientierte Änderungen	155
c)	Zwischenfazit zur Entwicklung des § 66 InsO.....	156
3.	Öffnung des § 66 InsO durch das ESUG/SanInsFoG	157
III.	Zwischenergebnis zur historischen Entwicklung der Schlussrechnungsnorm	157
B.	Inhaltliche Ansätze zur Konkretisierung der Schlussrechnung.....	160
I.	Einnahmen-Ausgaben-Rechnung	160
1.	Schlussrechnung nach Möhlmann-Mahlau/Schmitt/Becker	162
2.	Schlussrechnung nach Basinski/Hillebrand/Lambrecht.....	164
3.	Schlussrechnung nach Heyrath/Ebeling/Reck	169
4.	Zwischenergebnis zur Gestalt der Einnahmen-Ausgaben- Rechnung	172
II.	Schlussbilanz	174
III.	Schlussbericht	176
1.	Funktion des Schlussberichts	176
2.	Struktur und Inhalt des Schlussberichts	178
a)	Eckdaten der Insolvenzverwaltung.....	179
b)	Beschreibung und Bewertung des Insolvenzverfahrens	179
c)	Sensibilität im Hinblick auf Zieldivergenzen.....	180
d)	Zwischenschritte zur Verfahrensbeendigung	181
e)	Begleitende Unterlagen.....	181

f)	Zwischenergebnis.....	182
IV.	Weitere Schlussunterlagen neben der Schlussrechnung.....	182
1.	Vergütungsantrag.....	182
2.	Schlussverzeichnis.....	184
3.	Öffentliche Bekanntmachung der Forderungen und der Verteilungsmasse.....	186
4.	Stellungnahme des Schuldners	186
5.	Schlussverteilungsbericht	186
6.	Zwischenergebnis zu den weiteren Schlussunterlagen	187
V.	Zwischenergebnis zu den Mindestanforderungen an eine Schlussrechnung.....	187
C.	Ergebnis zu den Inhalten der Schlussrechnung.....	188
§ 6: Ansätze zur Standardisierung der Schlussrechnung		191
A.	Hinweise zur Rechnungslegung des Instituts der Wirtschaftsprüfer.....	191
B.	Standardkontenrahmen-InsO (SKR-InsO)	193
I.	Wesensmerkmale des Standardkontenrahmens	194
1.	Kontengruppen	195
2.	Sachliche Differenzierung	196
3.	Abbildungstiefe durch Unterkonten.....	201
4.	Verfahrensbezogene Informationen.....	203
5.	Informationen zum Verfahrensabschnitt.....	203
6.	Grenzen der verfahrensbezogenen Informationen	205
7.	Summen- und Saldenliste	206
8.	Zwischenfazit zu den Wesensmerkmalen des SKR-InsO.....	208
II.	Konten im Spannungsfeld potentieller Zielfdivergenzen	209
1.	Delegation von Tätigkeiten.....	209
a)	Signalwirkung von Buchungen.....	210
b)	Wirtschaftlich gerechtfertigte Delegation.....	211
c)	Abgrenzung zwischen Mehraufwand und Doppelbelastung der Masse.....	211
d)	Aussagekraft zur Delegation von Tätigkeiten	212
e)	Ergebnis zur Aussagekraft bei delegierten Tätigkeiten.....	214
2.	Einsatz besonderer Sachkunde.....	214
a)	Zuordnung in Regel- und Sonderaufgaben mit Vergütungsrelevanz	216
b)	Unterschiedliche Darstellungstiefe des SKR-InsO	217
c)	Anzeichen für erhöhten Prüfungsbedarf.....	218
d)	Ergebnis zur Aussagekraft beim Einsatz besonderer Sachkunde	218

3.	Zurückhaltende Ermittlung und Geltendmachung von Ansprüchen	219
a)	Begrenzte Indizwirkung absoluter Werte	219
b)	Notwendigkeit zur Realisierung von Nominalbeträgen	220
c)	Keine Untergliederung von Anfechtungsgegnern	221
d)	Ergebnis zur Aussagekraft zur Geltendmachung von Ansprüchen.....	221
4.	Poolverwaltung	222
5.	Fehlerhafte Ermittlung der Berechnungsgrundlage	222
6.	Befriedigung von Insolvenzforderungen	222
7.	Zwischenergebnis zum Aussagegehalt des SKR-InsO bei Zieldivergenzen	223
III.	Effekte und Reichweite des SKR-InsO	224
1.	Standardisierungsvorteil beim Auslesen von Informationen	224
a)	Moderate Vorteile für Gelegenheitsprüfer	225
b)	Erhebliche Vorteile für professionelle Prüfer.....	226
c)	Standardisierungsvorteil abhängig vom Verbreitungsgrad des SKR-InsO.....	226
2.	Erhöhte Kosten für Erstellung der Schlussrechnung	227
3.	Vorteil durch vergütungsrelevantes Zahlenwerk	229
4.	Geringer Effekt des SKR-InsO im Belegwesen.....	229
5.	Kein reduzierter Aufwand für Kenntnisnahme von der Schlussrechnung	230
6.	Keine verfahrensübergreifenden Informationen im SKR-InsO	230
7.	Keine Vorteile bei retrospektiver Kontrolle.....	231
8.	SKR-InsO in der Praxis und Kodifizierungsentwurf	232
9.	Zwischenergebnis zum Kontrollgewinn und der Reichweite des SKR-InsO	233
C.	Ergebnis zu den Standardisierungsansätzen.....	234
	§ 7: Prüfung der Schlussrechnung.....	239
A.	Prüfungsgegenstand und Prüfungsmaßstab.....	240
I.	Prüfungsoption der Gläubiger und des Insolvenzschuldners.....	241
II.	Prüfungspflicht von Insolvenzgericht und Gläubigerausschuss	242
1.	Insolvenzgericht.....	243
a)	Prüfungsmaßstab der Rechtmäßigkeit	244
(1)	Rechtmäßigkeitsprüfung bzgl. zwingender Vorgaben.....	244
(2)	Zweckmäßigkeitsprüfung bzgl. der Nutzung von Spielräumen.....	245
(3)	Zwischenergebnis zum Prüfungsmaßstab des Insolvenzgerichts.....	246

b)	Insolvenzzweckwidrigkeit als Teil der Rechtmäßigkeitsprüfung	246
c)	Aussagegehalt des gerichtlichen Prüfungsvermerks	247
(1)	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	247
(2)	Prüfungsvermerk des Insolvenzgerichts	248
(3)	Zwischenergebnis zur Gegenüberstellung von Testat und Prüfungsvermerk	250
d)	Zwischenergebnis zur Rechtmäßigkeitsprüfung	251
2.	Gläubigerausschuss	252
a)	Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit als Prüfungsmaßstab	254
(1)	Fallbeispiel 1: nicht rechtmäßig, zweckmäßig	255
(2)	Fallbeispiel 2: nicht rechtmäßig, nicht zweckmäßig	255
(3)	Fallbeispiel 3: rechtmäßig, nicht zweckmäßig	256
(4)	Fallbeispiel 4: rechtmäßig, zweckmäßig	256
b)	Zweckmäßigkeit vor dem Hintergrund rechtlicher Würdigung	257
c)	Praktischer Mehrwert der Bemerkungen des Gläubigerausschusses	259
d)	Zwischenergebnis zum Prüfungsmaßstab des Gläubigerausschusses	261
III.	Ergebnis zum Prüfungsgegenstand und Prüfungsmaßstab	262
B.	Prüfungsinhalte	263
I.	Prüfung der Rechtmäßigkeit	263
1.	Formelle Rechtmäßigkeitsprüfung	264
a)	Schlussrechnung	265
(1)	Anwendbarkeit der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung	266
(2)	Anforderungen an eine formell rechtmäßige Schlussrechnung	268
b)	Schlussbericht	269
c)	Zwischenergebnis zur formellen Rechtmäßigkeitsprüfung	272
2.	Materielle Rechtmäßigkeitsprüfung	273
a)	Prüfungsfelder mit erhöhtem Kontrollbedürfnis	273
b)	Prüfungsfelder mit allgemeinem Kontrollbedürfnis	275
c)	Zwischenergebnis zur materiellen Rechtmäßigkeitsprüfung	276
3.	Zwischenergebnis zur Rechtmäßigkeitsprüfung	276
II.	Prüfung der Zweckmäßigkeit	277
1.	Formelle Zweckmäßigkeitsprüfung	278
a)	Unzweckmäßigkeit in Kombination mit Rechtswidrigkeit	279
b)	Unzweckmäßigkeit bei Rechtmäßigkeit	279
c)	Unterschreiten anerkannter Standards der Insolvenzverwaltung	280

(1) Digitale Bereitstellung.....	280
(2) Kontinuität zwischen Zwischenrechnung und Schlussrechnung	281
(3) Übernahme von Standards zur Schlussrechnung	281
d) Zwischenfazit zur formellen Zweckmäßigkeit.....	281
2. Materielle Zweckmäßigkeitsprüfung	281
a) Schwierigkeiten bei der Zweckmäßigkeitsbewertung	282
b) Fallgruppen fehlender Zweckmäßigkeit.....	283
(1) Hohe Kostenpositionen	284
(2) Versäumnis einer Kostenbegrenzung	284
(3) Unterbliebene Investitionen.....	284
(4) Versäumte Massegenerierung	285
(5) Drittvergleich bei Interessenkonflikten	285
(6) Grenzen der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung	286
c) Zwischenfazit zur materiellen Zweckmäßigkeitsprüfung.....	286
3. Zwischenergebnis zur Zweckmäßigkeitsprüfung	287
III. Zwischenergebnis zu den Prüfungsinhalten	288
C. Operative Durchführung der Prüfung	292
I. Kassenprüfung als Orientierung für Schlussrechnungsprüfung	292
II. Anforderungen an die Schlussrechnungsprüfung.....	294
D. Ergebnis zur Prüfung der Schlussrechnung.....	296
§ 8: Weitere Ansätze zur Steigerung der Kontrolleffektivität.....	299
A. Ansätze des GAVI-Entwurfs.....	299
I. Inhaltliche Mindeststandards.....	300
II. Staatliche Rechnungsprüfungsstellen.....	301
III. Verstärkte Gläubigerbeteiligung	302
IV. Anderkonten und Haftpflichtversicherung	302
V. Verfahrenübergreifende Informationen zum Insolvenzverwalter	302
VI. Kritik am Gesetzesentwurf.....	303
VII. Geeignete Ansätze des GAVI.....	306
VIII. Ergebnis zum GAVI.....	307
B. Prüfung durch externe Sachverständige.....	308
I. Vor- und Nachteile der externen Schlussrechnungsprüfung	308
1. Spezialisierung.....	309
2. Kapazität	310
3. Unabhängigkeit der Mitglieder des Gläubigerausschusses	311
4. Negative Effekte	313
5. Zwischenfazit zu Vor- und Nachteilen	314
II. Varianten und Grenzen bei der Beauftragung eines Sachverständigen.....	315

1. Gläubigerausschuss.....	315
a) Beauftragung eines Sachverständigen	315
b) Prüfungsleistung der Ausschussmitglieder.....	317
c) Gläubigerausschuss als Voraussetzung für Sachverständigenbestellung.....	318
d) Zwischenergebnis zum Sachverständigen des Gläubigerausschusses.....	319
2. Insolvenzgericht.....	319
a) Delegation der Prüfung	320
(1) Rechtsgrundlage der Bestellung	321
(2) Besonderer Grund als Bestellungsvoraussetzung	321
(3) Funktionelle Zuständigkeit bei gerichtlicher Prüfung	322
(4) Prüfungsumfang des Sachverständigen	322
(5) Kosten als gerichtliche Auslagen	323
(6) Rechtsmittel gegen eine Bestellung.....	323
(7) Zwischenfazit zur gerichtlichen Bestellung eines Sachverständigen.....	324
b) Einwände gegen die Delegation	324
(1) Widerspruch zwischen Prüfungsfähigkeit und Delegationsbedarf.....	324
(2) Keine Auslagerung rechtlicher Bewertungen auf Gutachter	327
(3) Insolvenzeröffnungsgutachter in Abgrenzung zum Schlussrechnungsprüfer.....	328
(4) Rechtskonforme Erledigung hoheitlicher Aufgaben	330
(5) Zwischenfazit zu Einwänden gegen die Delegation	332
c) Kritische Stellungnahme zur Delegation der Prüfung.....	333
(1) Begrenzte Vereinbarkeit von Delegationsbedarf und Prüfungsfähigkeit	333
(2) Keine Delegation von rechtlicher Würdigung	334
(3) Ordnungsmäßigkeitsprüfung unterhalb rechtlicher Würdigung.....	335
(4) Anwendungsbereich für die Bestellung eines Sachverständigen.....	339
(5) Sachverständiger als Aufsichtsmaßnahme infolge gerichtlicher Prüfung	342
(6) Sachverständiger für die Ermittlung von Gesamtschäden.....	344
(7) Fazit der Stellungnahme	345
d) Ergebnis zur gerichtlichen Bestellung externer Sachverständiger	347
3. Gläubigerversammlung.....	348

4.	Insolvenzverwalter.....	349
5.	Ergebnis zur Vergabe von Prüfungsaufträgen	350
III.	Ergebnis zur externen Prüfung der Schlussrechnung	351
C.	Konfliktvermeidung per Fragebogen	352
I.	Weitreichende Selbstauskunft	355
II.	Prüfungsgegenstand	355
III.	Ergebnis zur Konfliktvermeidung durch Fragebögen	358
D.	Qualitätsmerkmale der Insolvenzverwaltung	359
I.	Qualitätszertifikate	360
1.	Überblick zu relevanten Qualitätszertifikaten.....	360
2.	Kritik am Geltungsanspruch der Qualitätszertifikate.....	361
II.	Grundsätze ordnungsgemäßer Insolvenzverwaltung (GOI)	362
1.	GOI bezüglich der Schlussrechnung.....	363
2.	GOI bezüglich potentieller Zieldivergenzen	364
3.	Jährliche Kennzahlen.....	365
4.	Ergebnis zur Kontrollwirkung der GOI.....	366
III.	Ergebnis zur Wirksamkeit von Qualitätsmerkmalen.....	367
E.	Steigerung der Zielkongruenz durch Erfolgskennzahlen	368
I.	Erfolgskennzahlen.....	369
II.	Größenklassen	371
III.	Schwierigkeiten bei Rückschluss auf Leistung des Insolvenzverwalters.....	371
IV.	Ergebnis zur Steigerung der Zielkongruenz durch Erfolgskennzahlen.....	372
F.	Vergütungsantrag als Teil der Schlussrechnung	375
I.	Vergütungsantrag als Voraussetzung für inhaltlich vollständige Prüfung.....	375
II.	Parallelstruktur zwischen Vergütungsantrag und Schlussrechnung.....	377
III.	Ergebnis zum Vergütungsantrag als Teil der Schlussrechnung.....	377
G.	Zwischenberichte und Zwischenprüfung	378
I.	Mehrwert der Zwischenberichte für das Insolvenzgericht	379
II.	Mehrwert der Zwischenprüfung für den Gläubigerausschuss	379
1.	Kassenprüfung durch den Gläubigerausschuss.....	380
2.	Delegation der Kassenprüfung auf einen bestellten Sachverständigen	381
3.	Zwischenprüfung durch den Gläubigerausschuss.....	382
4.	Zwischenergebnis zur Zwischenprüfung für den Gläubigerausschuss.....	383
III.	Fortgeschriebener Standardisierter Bericht (ForStaB)	384
IV.	Mehrwert für den Insolvenzverwalter	387

V.	Ergebnis zu Zwischenprüfungen und Zwischenberichten	387
H.	Elektronische Informationen	389
I.	Digitale Informationsplattformen für die Öffentlichkeit	390
II.	Entwicklung verfahrensbezogener elektronischer Datenräume	393
III.	Entwicklung der freiwilligen Gläubigerinformationssysteme	395
	1. Einrichtung und Zugang zum Gläubigerinformationssystem	395
	2. Zweck der freiwilligen Gläubigerinformationssysteme	396
	3. Inhalt der freiwilligen Gläubigerinformationssysteme	397
	4. Weitere Arbeitserleichterung durch Gläubigerinformationssysteme	398
	5. Zwischenfazit zur Entwicklung freiwilliger Gläubigerinformationssysteme	399
IV.	Mehrwert der elektronischen Gläubigerinformationssysteme nach § 5 V InsO	400
	1. Alle die eigenen Forderungen betreffenden Unterlagen	400
	2. Alle Entscheidungen des Insolvenzgerichts	400
	3. Alle an das Insolvenzgericht übersandten Berichte	402
	4. Schlussrechnung im Gläubigerinformationssystem	402
	a) Schlussbericht und Zahlenwerk	403
	b) Prüfungsvermerk des Insolvenzgerichts	405
	c) Bemerkungen des Gläubigerausschusses	406
	5. Verfahrens begleitende Prüfung	407
	6. Kosten des Gläubigerinformationssystems	408
	7. Gefahr querulatorischer Anfragen	408
	a) Keine Blockadeposition	408
	b) Kompensation bei umfangreichen Nachfragen	410
	8. Zwischenergebnis zur Schlussrechnung im Gläubigerinformationssystem	410
V.	Entwicklung des Gläubigerinformationssystems	412
	1. Ausweitung der Zugriffsberechtigten	413
	2. Ausweitung der Inhalte	415
	a) Öffentlich bekannt gemacht Informationen	415
	b) Verfahrensöffentliche Informationen	416
	c) Kontrollrelevante Informationen	417
	d) Belege der Schlussrechnung	418
	3. Automatisierung des Informationsflusses	421
	4. Ausweitung des Anwendungsbereichs	423
	5. Zwischenergebnis zum Entwicklungspotenzial eines Informationssystems	424
VI.	Hybride bzw. virtuelle Gläubigerversammlung	424
VII.	Ergebnis zur Bereitstellung elektronischer Informationen	425

I.	Zusammenfassung der weiteren Ansätze zur Steigerung der Kontrolleffektivität.....	427
I.	Informatorisch-repressive Ansätze	427
II.	Präventions- und Kongruenzansätze	428
III.	Verbesserungen der Kontrolleffektivität	429
IV.	Entwicklung der Kontrolle	430
V.	Zugewinn an Kontrolleffektivität, Einrichtungsaufwand, Anwendungshäufigkeit.....	431
1.	SKR-InsO	432
2.	ForStaB	433
3.	Fragebogen	433
4.	Kombinierter Vergütungsantrag	434
5.	Externer Prüfer des Gläubigerausschusses	434
6.	Zwischenprüfung	434
7.	Externer Ordnungsmäßigkeitsprüfer als gerichtliche Aufsichtsmaßnahme.....	435
8.	Qualitätsmerkmale	435
9.	Elektronische Informationen im Insolvenzverfahren.....	435
10.	Kennzahlen	436
§ 9: Anwendbarkeit der Erkenntnisse auf weitere Varianten der Verfahrensbeendigung.....		437
A.	Schlussrechnung bei anderen Formen der Verfahrensbeendigung.....	437
B.	Abweichende Regelung zur Schlussrechnung durch Insolvenzplan	440
I.	Schwache Gesetzesbegründung	441
II.	Bedarf einer Schlussrechnung im Planverfahren.....	443
III.	Anfänglich systemwidrige Verortung der Änderung	445
IV.	Disposition über Aufsicht des Insolvenzgerichts?.....	446
1.	Disposition über Informationsfluss?	447
a)	zeitlich nachlaufende Schlussrechnung (verzögerte Information)	448
b)	Ausbleibende Schlussrechnung (unterbundene Information)....	448
2.	Disposition über Prüfungskompetenz?	450
a)	Wortlaut „vor der Gläubigerversammlung“	451
b)	Relevanz der Gläubigerversammlung für ESUG-Gesetzgeber	452
c)	Keine Akzessorietät zwischen Gläubigerversammlung und Schlussrechnung.....	453
d)	Akzessorietät zwischen Auftrag und Rechenschaft	454
e)	Funktion der Schlussrechnung für Vergütung und Gläubigerausschuss.....	454
f)	Wille des ESUG-Gesetzgebers	455

g) Bewertung nach der Principal-Agent-Theorie	456
h) Zwischenergebnis zur Planfestigkeit der gerichtlichen Schlussrechnungsprüfung	458
V. Ergebnis zur Abänderung der gerichtlichen Aufsicht durch Insolvenzplan	459
C. Ergebnis zur Anwendbarkeit der Erkenntnisse aus dem Regelverfahren....	460
Dritter Teil: Ergebnisse	461
§ 1: Erkenntnisse zur Steigerung der Kontrolleffektivität	461
§ 2: Erkenntnisse zum Prüfungsgegenstand und -maßstab	464
§ 3: Beobachtungen zur Rechtsentwicklung	465
§ 4: Erklärungswert der Principal-Agent-Theorie.....	467
§ 5: Volkswirtschaftliche Dimension der Schlussrechnung	469
Literaturverzeichnis.....	471